



Antrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehr Mobilität braucht Zusammenarbeit: Kommunale Mobilitätsmanager*innen fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Mobilität als Teil von Daseinsvorsorge für alle Menschen in Sachsen-Anhalt stetig zu verbessern, ist Ziel der Landespolitik. Mobilitätspolitik ist ein Querschnittsthema, das insbesondere vor Ort, in den Kreisen und kreisfreien Städten koordinierter Planung und verkehrsmittelübergreifender Konzepte und Strategien bedarf, um eine Mobilität für alle zu gewährleisten.

Der Landtag fordert die Landesregierung entsprechend auf:

Beginnend mit dem Haushalt 2025/2026 ein dauerhaftes Förderprogramm aufzulegen zur Finanzierung von Fortbildungen im Bereich Mobilitätsmanagement für kommunale Beschäftigte, zur Etablierung einer kommunalen Vernetzung und Zusammenarbeit im Bereich Mobilität und zur Ko-Finanzierung von kommunalen Mobilitätsmanager*innen auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Diese sollen sowohl innerhalb der Verwaltung als auch zwischen allen an Mobilität beteiligten Akteuren koordinierend tätig werden zur abgestimmten Mobilitätsentwicklung vor Ort.

Begründung

Der Umweltverbund kann sein Potential erst entfalten, wenn die verschiedenen Verkehrsmittel bestmöglich aufeinander abgestimmt sind. Wenn der ÖPNV wirklich als Jedermannsverkehr fungiert, wenn überdachte Radabstellanlagen an ÖPNV-Haltestellen Standard sind, wenn Radwege und Busanbindungen etwa Pendlerparkplätze erschließen, wenn Fahrrad-

straßen die Verkehrssicherheit erhöhen, wenn Nahverkehrsangebote mit Sharingangeboten sowohl infrastrukturell wie auch digital zusammengeführt werden, wenn flexible Bedienformen die Feinerschließung in der Fläche gewährleisten, wenn ÖPNV und SPNV in integrierten Taktungen ineinandergreifen, wenn Zebrastreifen und fußgängerfreundliche Ampelschaltungen auch die Fußmobilität befördern. Wenn diese und viele weitere Voraussetzungen erfüllt sind, gelingt mehr Mobilität mit weniger Verkehr. Dann stehen den Menschen passgenaue Mobilitätsmöglichkeiten offen. Unabhängig vom Wohnort, Alter, möglichen Beeinträchtigungen, Führerscheinbesitz und im besten Fall des Geldbeutels.

Flankiert werden muss solch eine Mobilitätspolitik mit einer Stadtentwicklungsplanung sowie Regionalplanung, die den öffentlichen Raum gerecht verteilt, kurze Wege ermöglicht und Städte und Dörfer für Menschen plant. Mobilität ist dafür als Teil von Begegnungsräumen und geteilter Flächennutzung zu denken.

Um diese vielschichtigen Aufgaben und Zielstellungen zu bündeln und zu koordinieren, bedarf es einer zentralen Zuständigkeit und Fachkompetenz. Gute Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren muss kompetent organisiert werden. Dafür soll das Land Mobilitätsmanager*innen in den Kommunen fördern. Personal- und Sachkosten für eine Stelle pro Landkreis und kreisfreie Stadt sind dafür in einem Landesprogramm zu fördern mit bis zu 90 % pro Stelle.

Der politische Wille der Kommunen, im Bereich Verkehrspolitik aktiv zu werden, zeigt sich u. a. in der zahlreichen und parteiübergreifenden Unterstützung der Initiative Lebenswerte Städte und Dörfer, die sich für mehr kommunale Entscheidungskompetenzen im Verkehrsbereich einsetzt.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz